

Deutscher Reichstag.

128. Sitzung, Sonnabend, den 1. Dezember 1917.

Am **Wache** des Bundesrats: Graf Roederer, von Krause, Schiffer.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1½ Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Abg. **Prinz zu Schoenaich-Carolath** das Wort zu einer Erklärung, die wir in der gestrigen Abendausgabe bereits mitgeteilt haben.

Der neue Kriegskredit.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der Kriegskreditvorlage, die 15 Milliarden fordert.

Schatzsekretär Graf Roederer empfiehlt nochmals die Vorlage.

Eine vorläufige Schätzung des Gesamtergebnisses der in diesem Jahre veranlagten Kriegsteuer kann vorläufig nur summarisch erfolgen. Wichtige Bezirke, wie Düsseldorf und Wiesbaden stehen noch aus. Rechtsmittelverfahren und Nachveranlagungen können noch leichte Veränderungen bringen. Immerhin glaube ich, sagen zu können, daß die Kriegsteuer mit Zuschlägen dem Reich einen Ertrag von rund 5 Milliarden Markt bringen wird. Der Durchschnitt der schon abgeschlossenen Bezirke stellt sich auf etwas mehr als das Fünffache der Ergebnisse des Wehrbeitrages. Das Resultat ist also erheblich besser, als wir es bei der vorjährigen Gesetzgebung veranschlagt haben. Der Wehrbeitrag, die jetzt auch veranlagte Besitzsteuer und die Kriegsteuer stellen zusammen die vom Reich während des Krieges erhobenen direkten Steuern dar, die zusammen über sechs Milliarden ergeben werden. Auch die Bundesstaaten und die Kommunen haben ihre direkten Steuern erhöhen müssen. Bei Zugrundelegung der preussischen Verhältnisse wird man annehmen können, daß hier ein Mehrbetrag von etwa zwei Milliarden gegenüber der Friedenszeit erhoben worden ist. Ich bin mir bewußt, daß unsere bisherigen Kriegsteuern in erster Linie dazu dienen, das bisherige Zinsensoll, sowie die Ausfälle an anderen Steuern zu decken, und daß nur ein Teil der Kriegsteuern eine tatsächliche Minderung des Anleihefolls herbeiführen wird. Mein englischer Kollege Bonar Law hat sich neuerlich mit lebhaftem Interesse mit unserer Kriegsfinanzierung beschäftigt. Er wies darauf hin, daß in England der Betrag der bereits jetzt dort geschaffenen Einnahmen genüge, um die späteren Friedensausgaben einschließlich der Verzinsung der Kriegsschuld zu decken. Nach meinen Berechnungen ist da ein Fragezeichen zu machen. Auch die wichtigsten englischen Finanzzeitschriften betonen, daß die immer nur für ein Jahr bewilligte englische Einkommensteuer nicht dieselben Erträge liefern dürfte wie jetzt, wo enorme Kriegsgewinne nicht nur zu Lasten des englischen Fiskus, sondern auch zu Lasten befreundeter und neutraler Staaten von englischen Reedern und Kaufleuten gemacht worden sind. Dann scheint mir auch trotz des Leugnens des englischen Schatzkanzlers die englische Kriegsgewinnsteuer als mehr oder weniger normale Einnahme in das großbritannische Budget eingestellt zu sein. Noch ein anderer Irrtum dürfte bei Bonar Law vorliegen. Er zieht von den englischen Kriegsausgaben die an die Bundesgenossen geleisteten Vorschüsse ab und vergleicht diese Restsumme schlankweg nicht mit unseren tatsächlichen Kriegsausgaben bis zu diesem Zeitpunkt, sondern mit den bewilligten Krediten. Das sind unmeßbare Größen.

Noch bedenklicher ist aber die völlig aus der Luft gegriffene Behauptung, wir rechneten unsere Vorschüsse an die Verbündeten nicht in die bewilligten Kreditsummen ein. Ich will das ganze Verhältnis zwischen dem englischen Gläubiger und seinen Schuldnerstaaten nicht mehr trüben, als dies in den „Statist“ und „Economist“ getan haben. Beide behaupten unverschämten, daß England genötigt sein könnte, die Summe,

die sich bereits auf 26 Milliarden beläuft, in den Rauchfang zu schreiben. Das, was wir in irgendeiner Form zur Stärkung des Kredits unserer Bundesgenossen getan haben, ist nur ein kleiner Teil der englischen Vorschusssumme, und alles, auch das, was wir in Form von Bürgschaften geleistet haben, wird auf Heller und Pfennig in die von Ihnen bewilligten Kredite eingerechnet.

Zigarettensteuer, Kriegszuschlag werden, wenn das zweite Halbjahr den Erträgen des ersten gleichkommt, über 300 Millionen gegenüber 126 Millionen des Anschlags ergeben. Die Kohlensteuer hat im Oktober 78,7 Millionen gebracht. Die Verkehrssteuer kommt nur allmählich in Gang. Die Abgabe von den Gütertarifen ist eingeführt. Die Steuer von den Personentaxen erfordert wegen des Neudrucks aller Fahrkarten noch einige Zeit. Das erfreuliche Ergebnis der steigenden Kriegsanleihe hat bewirkt, daß das Jahr 1917 mit seinen beiden Anleihen uns einen Ertrag von mehr als 25 Milliarden gebracht und damit die Jahre 1915 und 1916 im Gesamtanleihergebnis überflügelt hat. Von den 12,458 Milliarden sind bis heute 11,706 Milliarden, das heißt 94 v. H., eingezahlt. Die Darlehnsklassen waren am 31. Oktober 1917 für die damaligen Einzahlungen in Höhe von 10,360 Milliarden mit 135 Millionen, also rund 1,3 v. H. in Anspruch genommen. Den Dank, den Ihr Herr Präsident dem Reichsbankpräsidenten und der Reichsfinanzverwaltung für dieses Ergebnis ausspricht, bitten wir, an die vielen Zehntausende freiwilligen Helfer weitergeben zu dürfen, die wir im ganzen Lande hatten. Allein in Berlin hatten sich mehrere tausend Vertrauensleute freiwillig und unentgeltlich in den Dienst der Sache gestellt. Ich möchte den Dank aber auch weitergeben an die Presse, an die Banken und Sparkassen, und nicht zum wenigsten an das Heer, das wieder in allen seinen Organisationen das Ergebnis hat fördern helfen. Der große Erfolg der Anleihe und Ihre bisherige Zustimmung zu den Finanzvorlagen beweist, daß unsere Kriegsfinanzierung im Eilvernehmen mit dem deutschen Volke und diesem hohen Hause erfolgte. Ich bin mir durchaus bewußt, daß auf dem Finanzgebiet die größten Aufgaben noch vor uns liegen. Ich denke aber, daß wir während des Krieges den durch drei Jahre verfolgten Weg weitergehen, das heißt: nach Möglichkeit Konsolidierung der Kriegskosten durch langfristige, regelmäßig wiederkehrende Anleihen, Aufbringung des Zinsendienstes durch neue, gegebenenfalls den besonderen Verhältnissen des Krieges angepaßte Steuern, organische Finanzreform unter Durchführung eines größeren Planes, aber erst dann, wenn wir über wirtschaftliche und sonstige Kriegfolgen etwas klarer sehen. An einem solchen Plane wird seit über einem Jahre gearbeitet. Es zeigen sich auch schon gewisse Umrisse. Es ist aber erst möglich, sie klar herauszuarbeiten, wenn jene Folgen zu übersehen sind. Das hindert nicht, daß die eine oder die andere Steuer, die ein Teil jedes denkbaren Planes ist, vorweggenommen wird, wie wir es bei den Verkehrssteuern getan haben. Die Vorbereitung erfolgt im engen Einvernehmen mit den einzelstaatlichen Finanzverwaltungen, mit denen ich persönliche Fühlung zu halten bemüht bin, und sie wird erst zu endgültiger Gestaltung führen, nachdem Sachverständige und Beteiligte aus dem Wirtschaftsleben gehört sind, denn die Formen, in denen eine Ausnutzung der verschiedenen noch möglichen Steuerquellen erfolgen wird, sollen in erster Linie von Rücksichten der Volkswirtschaft diktiert werden. Nicht die Steuer soll hier führen, wenn es gälte, auf dem einen oder anderen Gebiete neue Wege einzuschlagen, sondern die Volkswirtschaft selbst. Der Ertrag läßt sich bei der modernen Steuertechnik an die eine oder andere Form anschließen, und deshalb wird gerade für mein Ressort ein enges Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsamt erforderlich sein. Bei Vorlegung des nächstjährigen Haushaltsplanes werden wir diesen Gegenstand weiter zu erörtern haben. Lassen uns dann die äußeren Ver-

hältnisse an die neue Aufgabe schon herangehen — um so besser. Der gegenseitige feste Wille, durch eine große, die Bedürfnisse unseres reich gegliederten, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens voll berücksichtigende Gesamtreform die Finanzen in geordneten Bahnen zu erhalten, wird bei Ihnen und der Finanzverwaltung vorhanden sein. Wo ein solcher Wille vorhanden ist, da wird sich aber auch ein gemeinsamer Weg finden lassen. (Lebhafte Beifall.)

Das russische Friedensangebot.

Abg. **Ebert** (Soz.): Das Friedensangebot der russischen Regierung ist von der friedenssüchtigen Welt freudig begrüßt worden. Wir erblicken in ihm das wichtigste politische Ereignis während des Krieges, den ersten Schritt zum Frieden. Überdies werden die schwerblütenden Völker die klare Antwort des Reichstages und der österreichisch-ungarischen Regierung aufgenommen haben. Die vom Reichskanzler als diskutabile Grundfrage erklärten Vorschläge der russischen Regierung beruhen auf einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Friedensunterhandlung vom Juli verlangt einen Frieden des Ausgleichs und der Verständigung, einen Frieden ohne gewaltsame Gebietsveränderung, ohne politische, wirtschaftliche oder soziale Vergewaltigung eines Volkes. Auf der gleichen Linie bewegt sich die Antwort der Reichsleitung auf die Papinote, zu der sich auch die neue Reichsleitung offen bekannt hat. Wir haben es besonders begrüßt, daß der Reichskanzler hervorgehoben hat, die Zukunft von Polen, Kurland und Litauen müsse dem Selbstbestimmungsrecht der Völker überlassen werden. Staatssekretär v. Kühlmann hat das im Hauptausdruck wiederholt. Von der verantwortlichen politischen Reichsleitung erwarten wir auf das Bestimmteste, daß sie die in Aussicht stehenden Friedensverhandlungen im Sinne und Geiste dieser Erklärungen führt. (Sehr richtig! links.) Wir erblicken in diesen Erklärungen eine Garantie, an der nicht gerüttelt werden darf. (Erneute Zustimmung links.) Die von Russland ehrlich gebotene Friedenshand muß bei den Mittelmächten ebenso ehrliches Entgegenkommen finden. (Sehr richtig! links.) Die Reichsleitung darf und wird sich nach ihren Erklärungen nur von dem aufrichtigen Bestreben leiten lassen, zu einer Verständigung zu gelangen, die ein dauerndes freundschaftliches Verhältnis zwischen Russland und Deutschland verbürgt. (Zustimmung links.) Die russische Regierung wollte mit ihrem Friedensangebot den allgemeinen Frieden herbeiführen, von dem gleichen Willen ist das deutsche Volk besetzt. Das deutsche Volk würde sein Bestes einsetzen, wäre die Möglichkeit gegeben, dem wahnwitzigen Bitterwerden völlig Einhalt zu gebieten. Zum Unglück der Völker ist aber bei den Staatsmännern Englands und Frankreichs mit dieser Möglichkeit nicht zu rechnen. Ueber ihre Kriegsziele lassen die Geheimverträge der Entente keinen Zweifel mehr. Hat Lord George doch erst kürzlich noch ausdrücklich mit Vernichtung des deutschen Handels, der Lebensader unserer Volkswirtschaft, gedroht. (Sehr wahr!) Dieses Verhalten der Regierungen in England und Frankreich zwingt uns, nach wie vor zu unserer Selbstbehauptung unsere Verteidigung stark zu erhalten. (Sehr richtig!) Deshalb stimmen wir dem geforderten Kriegskredit zu.

Die Reichsleitung muß den dringenden wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben schnellstens gerecht werden, die menschliche Ernährung weit besser als bisher sichern, gegen Schleichhandel und Preistreiberie noch viel entschiedener vorgehen. Auf einmütiges Verlangen des Reichstages hat sich die Reichsregierung bereit erklärt, die Löhnung der Mannschaften um ein Fünftel, der Offiziere um ein Fünftel zu erhöhen. Wir erlauben dringendst, diese Erhöhung nicht erst im Laufe des nächsten Monats, sondern rückwirkend ab 1. November in Kraft treten zu lassen. (Sehr richtig!) Den über alles Lob erhabenen Leistungen unserer Soldaten wird der beste Dank durch Aufbesserung ihrer tarigen Bezüge. Auch dem einstimmigen Reichstagsbeschlusse auf Erhöhung der Invaliden- und Hinterbliebenenbezüge muß baldigt Rechnung getragen, den notleidenden Witwen und Waisen schnelle Abhilfe und den Arbeiterinvaliden eine Prämienhöhung zuteil werden. Bei der Beschaffung des Kriegsmaterials wird nicht nur aus dem Vollen geschöpft, sondern geradezu Verschwendung getrieben. Dafür liefern die Abschlässe der Aktiengesellschaften usw. himmelschreiende Belege. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auf Kosten des Volkes werden hier märchenhafte Gewinne aufgehäuft. Das Kriegsministerium muß die Reichsmittel gewissenhaft verwenden, es soll sich weniger um Zensur und Verschwendungspolizei kümmern und dafür mehr den Kriegsgewinnern und Schiebern auf die Finger zeigen. (Lebhafte Zustimmung links.) Die nächste Steuer muß eine härtere und möglichst